

Es gilt das gesprochene Wort!

20-jähriges Jubiläum des KIWANIS-Clubs

am 10.3.2014 in Würzburg

Rede von Frau Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die freundliche Einladung bedanken. Ich bin sehr gern zu Ihnen gekommen. Denn in meinen Augen sind Sie die besten Botschafter des Ehrenamts, die man sich vorstellen kann.

Bei Ihnen gehen wirtschaftlicher Erfolg und Anteilnahme am Leben anderer als Ausdruck der eigenen Persönlichkeit eine Verbindung ein, wie man sie sich wünscht. Ihrer Goldenen Regel „*Verhalte Dich immer so, wie Du erwartest, dass sich Deine Mitmenschen Dir gegenüber verhalten*“ ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Sie sollte die Regel von uns allen sein. Und ich gebe zu, dass ich von dem Projekt, das Sie für die Nachsorge frühgeborener Kinder und ihrer Eltern ins Leben gerufen haben, beeindruckt und gerührt bin.

Ganz herzlichen Dank dafür und für Ihre nun schon zwei Jahrzehnte währende Bereitschaft, Menschen zu unterstützen, die sich in einer schwierigen Lage befinden.

Mitunter, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch die Lage staatlicher Familienpolitik schwierig, vor allem dann, wenn sie sich gegen Gutachten zur Wehr setzen muss, die ihren Sinn als Ganzes in Frage stellen.

Vor ziemlich genau einem Jahr, *also vor der Wahl*, kam so ein Gutachten von Wirtschaftsforschungsinstituten an die Öffentlichkeit. Da hieß es,

- das **Kindergeld** sei „*wenig effektiv*“
- das **Ehegattensplitting** „*ziemlich unwirksam*“ und
- die **beitragsfreie Mitversicherung** von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung „*besonders unwirksam*“.

Was die Verfasser vom **Elterngeld**, vom **Landeserziehungsgeld** und vom **Betreuungsgeld** halten, lässt sich erahnen.

Ich sehe das völlig anders und möchte das hier auch nochmals betonen:

Wenn wir für unsere Familien Geld ausgeben, ist das die beste Investition überhaupt. Sie rechnet sich zwar nicht kurzfristig, langfristig dafür aber umso mehr.

Im vergangenen Jahr hat Bayern rund **3 Milliarden Euro** in die Familienpolitik als tragende Säule des Programms „*Aufbruch Bayern*“ investiert. Und ich denke, man kann sagen: Die bayerische Familienpolitik hat in den letzten Jahren mit dazu beigetragen, dass das Leben mit Kindern leichter geworden ist.

Und das ist gut so. Denn Kinder sind unsere **Zukunft**. Und unsere Familien sind die **Garanten dieser Zukunft. Familienpolitik ist deshalb Zukunftspolitik!**

Nur wenn junge Leute das Gefühl haben, dass ihre Lebensplanung auch mit Kindern aufgeht, werden sie mehr Kinder bekommen und **starke Familien** gründen. Die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie brauchen eine gesicherte Existenz. Sie müssen frei sein von Angst um ihre Lebensverhältnisse.

Deshalb haben wir in den Koalitionsverhandlungen die Weichen für **sichere Beschäftigungsverhältnisse** gestellt. Rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen zulasten der Betroffenen soll es künftig nicht mehr geben.

Auch bei der Arbeitnehmerüberlassung müssen klare Regeln gelten. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen künftig spätestens nach neun Monaten beim Arbeitsentgelt mit der Stammbeslegschaft gleichgestellt werden.

Das sind wir den arbeitenden Menschen schuldig. Das sind wir aber auch ihren Familien schuldig.

Es darf nicht sein, dass Familien nur die **Lasten des sozialen Systems** tragen, aber davon keine Vorteile haben. Im Gegenteil: Es muss der jungen Generation möglich sein, sich für Kinder zu entscheiden, ohne dass sie diese Entscheidung in eine finanziell oder beruflich schwierige Lage bringt.

Natürlich dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass **Familie** heute **vielfältiger** ist als früher. Aber sie ist nach wie vor unverzichtbar. **Unverzichtbar**

- in der Erziehung, in der Bildung, in der Pflege
- im Erleben von Werten
- in der Übernahme von Verantwortung füreinander und für unsere gemeinsame Zukunft.

Der **Bundesgerichtshof** hat vor wenigen Wochen in seiner Entscheidung zur Unterhaltspflicht eines vom Vater enterbten Sohns klargestellt, dass Familie füreinander-Einstehen bedeutet, dass sie ein ewiges Band ist, dass sie ihre Mitglieder solidarisch verpflichtet.

Deshalb müssen wir immer die **familienfreundliche Brille** aufsetzen, egal, ob es um die materielle Absicherung geht, um Flexibilität in der Arbeitswelt, um Qualität und Quantität der Kinderbetreuung vom frühkindlichen Alter bis ins Schulalter oder um ein flächendeckendes Netz an Familienhilfen für diejenigen, die Familienleistungen aus eigener Kraft nicht schaffen.

Wir müssen die Familien in die **Mitte der Gesellschaft** holen. Nur wenn sie sich dort angenommen fühlen,

werden sie in Zukunft wieder das sein, was sie sein sollen, nämlich der **erstrebenswerte Normalfall in unserer Gesellschaft**.

Natürlich haben sich im Laufe der Zeit die Erwartungen an das, was Familie und an das, was der Staat leisten soll verändert. Die **Hauptverantwortung** für die Erziehung von Kindern liegt aber immer noch bei den Eltern. Der Staat kann nur verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Und er tut das auch.

Elterngeld, Landes-Erziehungsgeld, Kindergeld und Kinderfreibeträge leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Familie zu haben bei geringerem Einkommen nicht zum Armutsrisiko wird.

Mit dem **Elterngeld Plus** werden wir - *so ist es im Koalitionsvertrag vereinbart* - einen Partnerschaftsbonus einführen, wenn beide Partner parallel 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten.

Und das **Betreuungsgeld** sorgt für die notwendige Balance zwischen der Versorgung mit Kindertageseinrichtungen einerseits und der

Anerkennung der häuslichen Kinderbetreuung andererseits.

Kindererziehung muss sich auch in der **Rente** stärker lohnen. Mit der besseren Anerkennung von Erziehungsleistungen für Kinder, die vor 1992 geboren sind, sind wir da erfreulicherweise einen Schritt weiter gekommen. (Aber nach oben ist auch hier noch Luft.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit wenigen Ausnahmen haben die **Kommunen** mittlerweile ihrer gesetzlichen Verpflichtung entsprochen, ausreichend **Kinderbetreuungsplätze** zur Verfügung zu stellen. Für unter Dreijährige werden Bund und Länder zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs ein **drittes Investitionsprogramm** auflegen. Auch das ist im Koalitionsvertrag so vereinbart.

Bayern hat hier schon in den vergangenen Jahren einiges geleistet. Kein anderes westliches Flächenland beteiligte sich mit einem so hohen Finanzierungsanteil an der *kommunalen Aufgabe Kinderbetreuung*.

Aber wir müssen auch in die Einrichtungen hineinschauen. Zwar sind zum Beispiel in **München** fleißig Kitas gebaut worden. Die Stadt wächst. Und die Geburtenrate steigt sogar. Aber jetzt fehlen etwa 500 Erzieherinnen und Erzieher.

Die Räume stehen teilweise leer, weil Personal fehlt. Die Leidtragenden dieses Notstands sind vor allem die Eltern. Denn sie können ohne Kinderbetreuung nicht arbeiten gehen.

Hinzu kommt, dass rund 22 Prozent der Kinder in bayerischen **Kindertageseinrichtungen** einen **Migrationshintergrund** haben. Und das heißt, dass die Anforderungen an die Erzieherinnen und an die Kinderpflegerinnen steigen werden, auch was **Sprachkompetenz** betrifft.

Wir müssen also darüber nachdenken, wie viel uns deren Ausbildung und Arbeit in Zukunft wert ist. Und auch hier sehe ich noch Luft nach oben - im Interesse unserer Familien.

Die Gesellschaft profitiert von stabilen Familien. Wir müssen sie gerecht behandeln und fördern. Das sind

wir ihnen schuldig. Und wir sind ihnen schuldig, dass ihre Leistungen in der **volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung** berücksichtigt werden. Bislang gilt Familienarbeit nach den Maßstäben der Volkswirtschaftslehre nämlich als „wertlos“.

So kann das nicht bleiben. In der Umweltpolitik ist es ja schließlich auch gelungen, den Verbrauch von freien Gütern zumindest ansatzweise in die Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmen einfließen zu lassen. Etwas Ähnliches sollte in der **volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung** für die Familienarbeit möglich sein. Sie muss dort als **Leistung für die Gesellschaft** bewertet und verankert werden.

Familienpolitik ist eine **Querschnittsaufgabe**: von den klassischen Förderinstrumenten über die Steuerpolitik, die Tarifpolitik, die Rentenpolitik und eine familienfreundliche Baupolitik bis hin zur Pflege - aber auch in der Art, wie wir über Familien sprechen, wie wir sie **wertschätzen** und wie wir uns ihnen gegenüber tagtäglich verhalten.

Ein **Spielplatz** - *um ein Beispiel zu nennen* - sollte ein Spielplatz bleiben, und nicht als Quelle von Geräusch-

Emissionen Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen werden.

Wie familienfreundlich unser Land ist, hängt von uns allen ab. Wir alle müssen zusammenarbeiten, um dem *Querschnittsauftrag Familienpolitik* gerecht zu werden: Mit **kommunalen Familientischen** etwa, die auf lokaler Ebene alle Beteiligten zusammenführen. Denn nur wenn man sich begegnet und miteinander spricht, beginnt man auch Verständnis füreinander, für Familien mit Kindern, zu entwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor wenigen Wochen hat die neue Chefredakteurin des „*Münchner Merkur*“ ihren Leitartikel zur Familienpolitik mit den Worten „*Wenn Deutsche keine Kinder wollen*“ überschrieben.

Fast könnte man manchmal den Eindruck haben, dass es so ist. Bei **Akademikerinnen** liegt die Quote der Kinderlosen bereits bei 30 Prozent. Wobei die Entscheidung gegen Kinder in diesem Fall wohl mit Blick auf die eigene **Karriere** und unabhängig von staatlichen Zuschüssen fallen dürfte.

Es kann aber auch mit den Umständen zu tun haben, die es Eltern oft genug erschweren, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Für Familie braucht man **Zeit** und **verständnisvolle Arbeitgeber**.

Zeitpolitik wird künftig also eine ganz wichtige Komponente der Familienpolitik sein. Oder anders ausgedrückt: Wir wollen Familien wieder zum „*Taktgeber des Lebens*“ machen. Auch das steht so im Koalitionsvertrag. Nicht die Familien sollen sich an der Arbeitswelt orientieren müssen, sondern umgekehrt die Arbeitswelt an den Familien.

Ich weiß: Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Vor allem gegenüber den Arbeitgebern. Aber ich werde weiter dafür kämpfen. Der „*Erfolgsfaktor Familie*“ muss ein zentrales Unternehmensziel werden.

Der **öffentliche Dienst** könnte hier eine Vorreiterrolle spielen. Er könnte durch variable Arbeitszeitmodelle zeigen, wie viel Flexibilität möglich ist, ohne an Qualität einzubüßen. Als Chefin der **Landtagsverwaltung** weiß ich, dass das geht. Und das muss auch gehen, vor allem mit Blick auf die **Pflegewelle**, die auf uns zurollt.

Familienangehörige übernehmen schon jetzt viele Aufgaben in der **Pflege**. Der **Familienbund der Katholiken** spricht mit Recht vom „*größten Pflegedienst der Nation*“. Und der Grundsatz „*Mehr Pflege daheim und weniger im Heim*“ ist ja auch richtig. Aber: Er braucht **Zeit**.

Leider wurde die **Pflegezeit** bundesweit bislang nur in knapp 300 Fällen beantragt, in einem Konzern wie *Roche* sogar nur in zwei Fällen - bei über 10.000 Beschäftigten in Deutschland. Was natürlich auch daran liegt, dass die große Pflegewelle erst noch kommt. Spätestens dann dürfte die Pflegezeit stärker in Anspruch genommen werden. Sollte das dennoch nicht der Fall sein, könnte man darüber nachdenken, sie auch finanziell zu flankieren. Unser Ziel muss jedenfalls sein, **Familie, Beruf und Pflege** künftig für alle Einkommensklassen vereinbar zu machen.

Die Vereinbarkeit dieser drei Aufgaben - *Familie, Beruf und Pflege* - ist vermutlich das Thema für Mütter und Väter. Studien belegen, dass sich Väter weit mehr Zeit für ihre Familien wünschen als sie tatsächlich haben. Auch das muss anders werden.

Es darf nicht sein, dass Väter ihre Vaterrolle erst als Großväter gegenüber den Enkeln ausfüllen. Ich glaube, für junge Väter sollte es genauso selbstverständlich wie für Mütter sein, **Elternzeit** oder **Teilzeit** in Anspruch zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch dazu brauchen wir ein Umdenken in der Gesellschaft. Wir alle müssen für ein **familienfreundliches Klima** sorgen. Denn *„Familien sind das Band zwischen Herkunft und Zukunft.“*

Mit diesem Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten **Horst Köhler** möchte ich schließen und mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.